

Antworten von:

Birgit Onori	DIE LINKE	40
Name	Partei	Wahlkreis-Nr.

Ankreuzfeld:

1. Flächenverbrauch

In den nächsten Jahren soll es einen Boom an Neubauten, insbesondere zur Schaffung von preiswertem Wohnungsbau geben. Der Regionalplan Düsseldorf sieht seit der Änderung „Mehr Wohnbauland am Rhein“ im schon dicht besiedelten Kreis Mettmann bereits zahlreiche zusätzliche Baugebiete im Außenbereich vor, u.a. in Monheim, Langenfeld, Hilden, Mettmann, Ratingen, Wülfrath und Velbert.

Werden Sie sich für den Schutz des Außenbereiches vor Versiegelungen, für ausgleichende Begrünungsmaßnahmen bei einer Bebauungsverdichtung im Innenbereich (Dach- und Fassadenbegrünung) und für ein verstärktes Flächenrecycling einsetzen?

Ja Nein Begründung/Erläuterung:

DIE LINKE will die Neuversiegelung von Böden minimieren mit dem Ziel zukünftig keine zusätzlichen Flächen zu versiegeln und wo möglich bestehende Versiegelungen zurückzuführen. Wir setzen auf die Schließung von Baulücken und die Bebauung von Freiflächen innerhalb von Städten. Unsere Städte sollen grüner werden. Straßenbäume, innerstädtische Grünflächen, Dach- und Fassadenbegrünungen tragen zu einem besseren Klima in den Städten bei. Grünflächen, auch kleine, sind dabei vielfältig und Insektenfreundlich zu gestalten. Wir unterstützen auch die Anlage von kleinen und kleinsten artenreichen Mini-Wäldern in den Städten.

2. Natur- und Landschaftsschutz

Naturschutzgebiete stehen in dicht besiedelten Gebieten unter einem extremen Nutzungs- und Erholungsdruck. Im Kreis Mettmann betrifft es v.a. die Restflächen der Bergischen Heideterrasse (Further Moor, Hildener Heide), das Neandertal und die Bachtäler im nördlichen Kreisgebiet. Auch sehen wir noch großen Handlungsbedarf zur Förderung von Biotopverbundstrukturen im Kreis Mettmann für eine effektive Vernetzung von wertvollen Lebensräumen.

Die durch das Landesnaturschutzgesetz eingesetzte ehrenamtliche Naturschutzwacht (§ 69 LNatSchG) weist die zuständigen Behörden auf zahllose nachteilige Veränderungen in der Landschaft hin. Diese werden oft nicht tätig, weil es an einer erforderlichen personellen und finanziellen Ausstattung fehlt.

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass für gesetzliche Aufgaben des Natur- und Landschaftsschutzes ausreichend Finanzen und Personal zur Verfügung stehen?

Ja Nein Begründung/Erläuterung:

Ja, wir nehmen diese Aufgaben sehr ernst. Natur- und Landschaftsschutz ist für uns kein Luxus, sondern der Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlagen. Wir werden uns für eine bessere Personal- und Finanzausstattung in diesem Bereich einsetzen. Dazu gehört für uns auch eine effektivere Bekämpfung der Umweltkriminalität. Um dies umzusetzen wollen wir die von der Landesregierung abgeschaffte Stabsstelle Umweltkriminalität wieder einrichten, eine Schwerpunktstaatsanwaltschaft Umweltkriminalität schaffen und das entsprechende Personal z. B. beim Zoll aufstocken. Wir setzen uns für die gesetzliche Verankerung und vollumfängliche Ausweitung des Verbandsklagerechts für Umwelt-, Natur- und Tierschutzvereinigungen und Einzelne im Sinne der Aarhus-Konvention ein.

3. Artenschutz

Der dramatische Schwund an Pflanzen und Tieren ist neben der Klimakrise eine essentielle Zukunftsfrage. Trotzdem hat eine Landtagsmehrheit erst im Jahr 2021 die Volksinitiative Artenvielfalt abgelehnt. Auch der Kreis Mettmann ist ein bedeutender Lebensraum für seltene und bedrohte Arten wie Zauneidechse, Steinkauz und Kiebitz. Wenn ihre Lebensräume erhalten bleiben, profitieren davon unzählige andere Tier- und Pflanzenarten, die auf spezielle Biotope angewiesen sind.

Werden Sie sich für die konsequente Umsetzung von Artenhilfsprogrammen einsetzen?

Ja Nein Begründung/Erläuterung:

DIE LINKE hat die Volksinitiative Artenvielfalt unterstützt und wird sich auch zukünftig für Artenschutz einsetzen. Artenschutz muss Querschnittsaufgabe der Politik werden. Die Biodiversitätsstrategie der EU von 2015 muss in NRW umgesetzt werden. Die Verbindung kleiner isolierter Schutzgebiete zu Schutzgebietszonen und das Verbot der Nutzung von Pestiziden und Herbiziden in einem großen Radius um Schutzgebiete sind geboten. Es muss ein Konzept zur Reduzierung der Lichtverschmutzung entwickelt und umgesetzt werden. Projekte zum Artenschutz für Leittierarten sollen gefördert werden, der Biotopschutz ist auszuweiten – zum Beispiel ein Laubfroschprojekt im Münsterland, ein Gelbbauchunken-Projekte im Rheinland oder ein Kreuzkrötenprojekte im Ruhrgebiet. Mit einem Landesprogramm wollen wir die Schaffung von insektenfreundlichen Blühstreifen und Blühwiesen fördern. Diese sollen standortheimisch und mehrjährig sein, zudem sollen bei der Mahd Teilbereiche stehengelassen werden (Staffelmahd). Für die Erhaltung der Kulturlandschaft, der biologischen Vielfalt an Tier- und Pflanzenarten und deren Lebensräumen befürworten wir ein flächendeckendes System von Landschaftserhaltungsverbänden. Wir wollen die Vorgaben der FFH-Richtlinie auch in Deutschland endlich umsetzen. Infrage kommende Gebiete müssen als Schutzgebiete ausgewiesen und qualifizierte Erhaltungsziele und Erhaltungsmaßnahmen definiert werden. Naturschutzflächen gehören in öffentliche Hand und sollen an Naturschutz- und Umweltverbände in Erbpacht vergeben werden. Wir wollen das 2020-Ziel von 2 Prozent Wildnis endlich erreichen. Dafür müssen mehr Flächen zur Entwicklung von Wildnis ausgewiesen werden. Wir wollen mehr Biotopverbünde herstellen.

4. Klimaschutz

Bis zum Jahr 2025 sollen etwa 45 Prozent des in Deutschland verbrauchten Stroms aus erneuerbaren Energien stammen. So sieht es das Erneuerbare-Energien-Gesetz vor.

Sehen Sie Potential im Kreis Mettmann für den Ausbau (z.B. mit neuen Windenergieanlagen oder Solarenergieparks auf versiegelten Flächen oder entlang von Autobahnen) und werden Sie sich für den beschleunigten, naturverträglichen Ausbau einsetzen?

Ja Nein Begründung/Erläuterung:

Die LINKE setzt sich für einen raschen konsequenten Ausbau der Erneuerbaren Energien und einen Kohleausstieg bis 2030 in NRW ein. Wir wollen eine Solaroffensive in NRW: Eine dezentrale Energiewende benötigt dezentrale Erzeugungsanlagen. Wir wollen die Neuinstallation von kleinen Photovoltaikanlagen (1 kWp bis 10 kWp) sowie stationärer Batteriespeichersystem (3 kWh bis 10 kWh) an Wohn- und Gewerbebauten sowie Vereinsgebäuden fördern. Bei Wohnbauten sollen die Mieter:innen von den geringeren Energiepreisen profitieren. Außerdem wollen wir Doppelnutzung für bereits versiegelte Flächen, wie zum Beispiel Parkplätze und Autobahnen, und diese mit Photovoltaikanlagen ergänzen. Zuletzt sollen Photovoltaikparks errichtet werden. Zusätzlich setzen wir auf Windenergieausbau dazu bedarf es Änderungen bei den Abstandsregelungen: Die eingeführte Abstandsregelung der Landesregierung von 1.000 Metern lehnen wir ab. So wird es im dicht besiedelten NRW nicht gelingen, Windenergie mit signifikanter Leistung bereitzustellen. Wir unterstützen den Bau von Windenergieanlagen in kommerziell bewirtschafteten Wäldern, die keinem Naturschutz unterliegen. Windkraftgebiete im Landesentwicklungsplan sollen als Vorranggebiete ausgewiesen werden. Bis 2030 scheiden ca. 3.000 alte Windenergieanlagen mit einer Leistung von 3 GW aus. Hier muss an den alten Standorten ein Erneuerung und eine Anpassung an den neuesten Stand der Technik erleichtert werden. Wir setzen uns für flexible Abstandsregeln ein, bei der die dreifache Höhe der Anlage als Abstandsregel zugrunde gelegt wird. Um die Energiewende voranzubringen, wollen wir die gesetzlichen Rahmenbedingungen für Hauseigentümer:innen, Mieter:innenvereinigungen, Betriebe und Kommunen verbessern, die ihre Energieversorgung in die eigene Hand nehmen wollen. DIE LINKE unterstützt Mieterstromkonzepte einer hauseigenen Stromversorgung durch Photovoltaikanlagen auf dem Dach. Wir wollen eine Solarpflicht für Neubauten sowie für Bestandsbauten nach einer umfassenden Dachsanierung sofern eine technische Eignung zur Solarstromerzeugung besteht. Bioenergie aus eigens hierzu angebauten Energiepflanzen oder neu geschlagenem Holz sollte nicht mehr generell als ökologisch gelten und keine staatliche Förderung als erneuerbare Energie erhalten.

5. Landwirtschaft

Viele Regionen in NRW, darunter auch der Kreis Mettmann, verfügen noch über weitgehend traditionell geprägte landwirtschaftliche Strukturen. Doch auch hier müssen sich Familienbetriebe dem ruinösen Wettbewerb mit großen Konzernen stellen. Gleichzeitig gibt es durch die dichte Bevölkerung gute Ausgangsbedingungen für die regionale Vermarktung. Sind Sie für die Förderung einer naturverträglichen und sozial gerechten Landwirtschaft und werden Sie sich für eine finanzielle Unterstützung für Vermarktungs- sowie für ein biotop- und artenschutzwirksames Kulturlandschaftsprogramm einsetzen?

Ja Nein Begründung/Erläuterung:

DIE LINKE NRW streitet für eine Landwirtschaft, die hochwertige Lebensmittel zu Preisen herstellt, die Menschen sich leisten können. Sie streitet für eine Landwirtschaft mit guten Arbeitsbedingungen und Einkommen für alle Menschen, die in ihr beschäftigt sind, und sie streitet für eine Landwirtschaft, die unsere Umwelt schützt und die Artenvielfalt erhält. Hierfür wollen wir ökologische und soziale Standards verbessern. Langfristig streben wir die Umorientierung der gesamten Landwirtschaft auf ökologische Methoden an. Massentierhaltung lehnen wir ab. Wir unterstützen die solidarische Landwirtschaft als eine Möglichkeit, ökologisch hochwertige Lebensmittel ortsnah für alle zugänglich zu machen und gleichzeitig gute Arbeitsbedingungen und ein faires Einkommen zu gewährleisten. DIE LINKE NRW setzt sich für eine grundlegende Reform der EU-Agrarpolitik ein. Zahlungen sollen konsequent an wissenschaftlich fundierte Umwelt- und Sozialkriterien und an den Tierschutz gebunden werden. Nur Betriebe, die diese Vorgaben umsetzen, sollen Direktzahlungen erhalten. Es darf nur noch Geld für konkret nachweisbare öffentliche Leistungen geben. Die Schaffung und der Erhalt sozialversicherungspflichtiger Arbeitsplätze soll unterstützt und renditeorientierte Investoren müssen ausgeschlossen werden. Wir wollen ein Landesprogramm zur Förderung von Projekten der solidarischen Landwirtschaft. Eine hierfür einzurichtende Agentur hilft dabei, interessierte Menschen und Landwirt:innen zusammen zu bringen, unterstützt bei der Suche nach geeigneten Flächen und berät in der Startphase. Verkauf und Verpachtung landeseigener Landwirtschaftsflächen soll nur nach ökologischen und sozialen Vergabekriterien erfolgen. Wir wollen die Massentierhaltung abschaffen. Wir wollen eine Tierhaltung, die flächengebunden ist. Für Regionen und Standorte setzen wir uns für Bestandsobergrenzen ein. Nutztiere müssen artgerecht gehalten werden, mit genügend Auslauf und Bewegungsmöglichkeiten. Den Anbau heimischer Eiweißpflanzen wollen wir fördern! Klee, Erbsen und Co. fördern die Bodenfruchtbarkeit und ersetzen den Import von auf gerodeten Regenwaldflächen angebauten Futterpflanzen. Den Import von gentechnisch verändertem Soja lehnen wir ab. Der Einsatz von Antibiotika in der Landwirtschaft für kranke Tiere nach ärztlicher Verschreibung soll begrenzt werden, Tierschutzkontrollen müssen häufiger durchgeführt, verschärft und Verstöße härter bestraft werden. Zur Sicherung der genetischen Vielfalt sollen alte Pflanzensorten und Tierrassen erhalten und freie Nachbaurechte gesichert werden. Wir fordern, dass Glyphosat und Neonikotinoide verboten werden. Wir streben die Umstellung der gesamten Landwirtschaft auf ökologische Standards an. Dabei wollen wir die regionale Erzeugung von Lebensmitteln fördern. Zum Schutz der Insekten muss 10 Prozent der landwirtschaftlich genutzten Fläche insektenfreundlich gestaltet werden.

6. Mobilität

Der Mobilitätssektor hinkt hinterher beim Klimaschutz. Ein 1:1-Ersatz von Verbrennern durch Elektroautos wird allein das Problem nicht lösen, weil auch dann immer noch viel zu viele nicht ausgelastete Fahrzeuge unterwegs sind. Um den nicht abbreißenden Verkehrsstrom aufzunehmen, werden Straßenneu- und -ausbauvorhaben vorangetrieben, obwohl in NRW schon sieben Prozent der Fläche für Verkehr genutzt wird. So soll z.B. die A 3 quer durch den Kreis Mettmann auf acht Spuren erweitert werden, weil im Berufsverkehr kurzzeitig Verkehrsspitzen auftreten können.

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass NRW eine konsequente Verkehrswende einleitet und dabei auf den Straßenaus- und -neubau verzichtet und die Förderung von Bus, Bahn und Fahrrad voranbringt?

Ja Nein Begründung/Erläuterung:

Wir wollen das landeseigene Straßennetz begrenzen. Um das Klima zu schützen und Flächen wieder zu entsiegeln, fordern wir dort, wo alternative Verkehrswege ausreichend vorhanden sind, einen gezielten Straßenrückbau. Weniger Asphalt bedeutet mehr Lebensqualität und mehr Freiheit! Deshalb sollen Innenstädte perspektivisch autofrei werden. Die Finanzmittel für Straßenneubau müssen in andere Verkehrsträger fließen. Wir lehnen alle Pläne zum Neu- und Ausbau von Autobahnen in NRW ab und unterstützen Bürger:inneninitiativen, die sich dagegen wenden. Auf Bundesebene wollen wir die Privatisierung in Form der neu geschaffenen Autobahn-GmbHs rückgängig machen. Geschwindigkeitsbegrenzungen sind gut fürs Klima und tragen zu Verkehrssicherheit und Lärmreduzierung bei. Sie sind also eine kostenlose Klimaschutzmaßnahme mit positiven gesundheitlichen Nebeneffekten. Wir wollen, dass sich NRW im Bundesrat für ein generelles Tempolimit von 120 km/h auf Autobahnen einsetzt. Auch beim Straßenbau gilt es die Natur zu Berücksichtigen und eine Klimafolgenabschätzung zu machen. Eingriffe, die mit der Sanierung und dem Betrieb von Straßen verbunden sind, müssen durch begleitende Naturschutzmaßnahmen ausgeglichen werden. DIE LINKE lehnt den Neubau von Autobahnen, die weitere klimaschädliche Flächenversiegelung zur Folge haben, grundsätzlich ab. Wir wollen die Trendwende im Verkehr einleiten und Mobilität autounabhängig machen. Wir wollen weg von immer mehr, immer größeren und schwereren PKWs, die die überwiegende Zeit ihres Daseins die Städte verstopfen oder in Staus stehen, hin zu alternativen Verkehrsformen und Carsharing. Durch entsprechende Parkraum- und Flächenbewirtschaftung wollen wir die Anzahl, Größe und Motorisierung der Autos in der Stadt reduzieren. Langfristig sollen autofreie Städte, die auf sozialökologisch nachhaltige Mobilitäts- und Raumplanungskonzepte ausgerichtet sind, entstehen. Wir wollen keine weitere Versiegelung und Zerschneidung von Naturflächen zugunsten von Straßenbau, PKW-Parkplätze wollen wir für Radverkehr umwidmen. Wir fordern die Umwidmung von Straßenabschnitten und Finanzmittel für Fahrrad und öffentliche Verkehre sowie umweltgerechte und naturschutzkonforme Pflege des Straßenbegleitgrüns und die Schaffung eines landesweiten Mobilitätsmanagements, das die verschiedenen umweltfreundlichen Verkehrsarten sinnvoll miteinander verknüpft. Wir wollen die Reduzierung des motorisierten Individualverkehrs zugunsten von ÖPNV, Rad- und Fußverkehr, eine bessere Infrastruktur zur Nahversorgung, um weite Wege zu reduzieren. Wir sagen Nein zum weiteren Neu- und Ausbau von Autobahnen und fordern Tempolimits: 120 km/h auf Autobahnen, 80 km/h auf Landstraßen und eine Regelgeschwindigkeit von 30 km/h innerorts.

7. Technischer Umweltschutz/Anlagensicherheit

Die Menschen in NRW leben seit Jahrzehnten in unmittelbarer Nachbarschaft von Chemie- und Industrieanlagen. Die Lage ist akzeptabel, so lange ihre berechtigten Sicherheitsinteressen ernst genommen werden. Beim Brand der Sonderabfallverbrennungsanlage in Leverkusen wurden erhebliche Defizite bei den Genehmigungen und Überwachungen aufgedeckt. Die CO-Pipeline der Firma Covestro, die durch die Städte Monheim am Rhein, Langenfeld, Hilden, Erkrath und Ratingen führt, birgt ein enormes Gefahrenpotential und ist faktisch nicht zu überwachen. Werden Sie diese Mängel durch eine personelle Stärkung der Überwachungsbehörden beseitigen und werden Sie dem Schutz der Menschen in der Nähe potentiell gesundheits- und lebensgefährlicher Anlagen größere Bedeutung zumessen?

Ja Nein Begründung/Erläuterung:

Nach unserem Verständnis soll die Wirtschaft dem Menschen dienen und nicht umgekehrt. Gesundheitliche Risiken, Gefährdungen und Verseuchungen müssen durch entsprechende Schutzvorkehrungen soweit es geht ausgeschlossen werden. Dies kann durch einen Ausbau der Überwachungsbehörden erreicht werden. Dieses unterstützen wir.

8. Wasser

Wasser ist das Lebensmittel Nr. 1. Grundwasser und Rheinuferfiltrat spielen für die Trinkwasserversorgung der Bevölkerung in NRW eine große Rolle. Siedlungsflächen reichen bis unmittelbar an die Ufer heran und sind somit bei Hochwasser besonders gefährdet – auch im Kreis Mettmann.

Die europäische Wasserrahmen-Richtlinie (WRRL) verpflichtet alle Länder, für einen guten Zustand ihrer Gewässer zu sorgen. Hierzu zählen der naturnahe Aus- und Umbau von Fluss- und Bachläufen, die Wiedervernässung von Feuchtgebieten, die Reinigung von Abwässern aus Kläranlagen, Straßen und Siedlungen vor der Einleitung. Der Wiedervernässung von Feuchtgebieten und Mooren kommt außerdem große Bedeutung als CO₂-Senke zu. Werden Sie dafür sorgen, dass die Wasserrahmen-Richtlinie konsequent umgesetzt wird und NRW seiner europäischen Verpflichtung nachkommt?

Ja Nein Begründung/Erläuterung:

Grund- und Oberflächengewässer müssen besser geschützt werden. Das EU-Ziel, bis 2015 alle Gewässer in einen guten ökologischen Zustand zu bringen, wurde verfehlt. In unserem Bundesland erreichen 90 Prozent der gemeldeten Bach- und Flussstrecken diesen Standard nicht. Die Verschlechterungen im Landeswassergesetz durch die schwarz-gelbe Mehrheit in Düsseldorf wollen wir zurücknehmen. Insbesondere wollen wir auch das Abgrabungsverbot in Wasserschutzgebieten wieder einführen. Die Qualität des Trinkwassers wollen wir verbessern. Trinkwasserversorgung ist eine öffentliche Aufgabe. Wir wollen die Privatisierung des Trinkwassers auch künftig verhindern und die Wasseraufbereitung an Rhein und Ruhr auf den jeweils neuesten technischen Standard bringen, Auflagen und Kontrollen bei Mülldeponien und Halden verschärfen und Medikamentenrückstände im Wasser bekämpfen. Der Trinkwassergewinnung den Vorrang vor dem Rohstoffabbau geben.